



Liebe Leserinnen und Leser,

am vergangenen Sonntag waren in Bayern knapp 9,5 Millionen wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger aufgerufen einen neuen Landtag zu wählen. Die CSU erreichte bei dieser Wahl mit nur 37,2% das zweitschlechteste Wahlergebnis aller Zeiten im Freistaat. Diese krachende Niederlage unserer Schwesterpartei ist nicht schönzureden. In meinen Augen ist es nun unausweichlich, dass in allen Richtungen nach den Gründen für diese Wahlniederlage gesucht wird. Anschließend muss man sich in der CSU aber wieder schnell auf die anstehenden Aufgaben konzentrieren.

In dieser Sitzungswoche steht eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Treffen des Europäischen Rates in Brüssel auf dem Programm. Darüber hinaus wird ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung beraten. Insgesamt sollen 5,5 Milliarden Euro in den kommenden Jahren in die Kitas investiert werden.

I. Die politische Lage in Deutschland

Europäischer Rat diskutiert über Brexit und Migration

Am heutigen Mittwoch treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, um über den aktuellen Stand der Brexit-Verhandlungen sowie das Thema Migration zu sprechen. Bei dem zweitägigen Treffen soll unter anderem an Lösungen für die Grenzfrage zwischen Irland und Nordirland gearbeitet werden, auch wenn mit finalen Entscheidungen zum Austrittsabkommen erst beim nächsten Sondergipfel im November gerechnet wird. Beim Thema Migration geht es um die zukünftige Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten insbesondere mit Blick auf den Kampf gegen Menschen-smuggel und die Erleichterung von Rückführungen.

Im Anschluss an das Treffen des Europäischen Rates findet ebenfalls in Brüssel das Asia-Europe-Meeting (ASEM) statt. Der ASEM-Gipfel kommt alle zwei Jahre zusammen und ist das einzige Gesprächsformat auf Ebene von Staats- und Regierungschefs mit asiatischen Partnern. Zum Treffen des Europäischen Rates und zum ASEM-Gipfel wird die Bundeskanzlerin am Mittwoch um 13:00 Uhr zunächst eine Regierungserklärung abgeben, bevor die Parlamentarier in der folgenden Aussprache über die Themen ausführlich debattieren.

5,5 Milliarden Euro für Kitas

Gleich als ersten Tagesordnungspunkt berät der Deutsche Bundestag am Donnerstagmorgen einen Gesetzentwurf zur Förderung der Qualität frühkindlicher Bildung in Kitas. Für die Verbesserung in den Kindergärten stellt der Bund in den Jahren 2019 bis 2022 insgesamt 5,5 Mrd. Euro zur Verfügung. Die Mittel sollen unter anderem für die Gewährleistung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots und der Verbesserung des Erzieher-Kind-Schlüssels genutzt werden. Weiterhin soll das Maßnahmenpaket Eltern durch eine bundesweit verpflichtende Staffelung der Kita-Beiträge nach sozialen Kriterien entlasten.

Mehr Schutz für Mieter

Am Freitag berät der Bundestag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung mit neuen Regelungen zur zulässigen Miethöhe bei Mietbeginn (der sogenannten „Mietpreisbremse“) sowie im Mietmodernisierungsrecht. Seit Einführung der Mietpreisbremse im Jahr 2015 darf die Miete in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Ausnahmen gibt es beispielsweise für Erstvermietungen oder nach umfassenden Modernisierungsmaßnahmen.

Mit der neuen Regelung sollen Vermieter in Zukunft verpflichtet werden, vor Vertragsabschluss Auskunft über Abweichungen von der gesetzlich zulässigen Miethöhe zu geben. Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf neue Regelungen über die Umlage von Modernisierungskosten auf die Miethöhe vor. Für die Dauer von fünf Jahren dürfen jährlich statt elf nur noch acht Prozent der Modernisierungskosten umgelegt werden. Geplant ist ebenfalls, Vermieter für das Herausdrängen von Mietern mithilfe von Sanierungsmaßnahmen („Herausmodernisieren“) mit Bußgeldern in Höhe von 100.000 Euro zu belegen.

II. Die Woche im Parlament

Wohnungsneubau fördern

Im Rahmen der Offensive für mehr Wohnraum wird zudem am Freitagmittag ein wichtiger Punkt im Plenum beraten. Durch die Einführung einer zeitlich befristeten Sonderabschreibung will die Koalition zusätzliche Impulse für den Mietwohnungsbau auslösen. Denn für uns in der Unionsfraktion ist klar: Nur wenn neue Wohnungen entstehen, kann sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt entspannen und die Situation für Mieter in Deutschland verbessern.

Menschenrechte und Religionsfreiheit weltweit stärken

Der für Freitag geplante Antrag „Menschenrechte und Religionsfreiheit weltweit stärken“ unserer Fraktion gemeinsam mit der SPD bestärkt die Bundesregierung darin, sich weiterhin konsequent für Religionsfreiheit und gegen jede Art des religiös motivierten Extremismus einzusetzen. Laut einem Bericht des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz und des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) werden Gläubige unterschiedlicher Religionen in weltweit 48 von 198 Staaten ausgegrenzt und benachteiligt.

Der Einsatz für Religionsfreiheit weltweit und für eine Verbesserung der oft dramatischen Lage religiöser Minderheiten sind Kernanliegen unserer Fraktion. Die Religionsfreiheit ist nämlich ein elementares Menschenrecht. Die Solidarität der Fraktion gilt dabei allen benachteiligten religiösen Minderheiten gleichermaßen.

III. Aus dem Oberbergischen

207 Unterschriften für einen fairen Welthandel

Die Weltläden in Gummersbach und Gummersbach-Derschlag haben zwischen dem „Weltladentag“ am 12. Mai und dem „Welttag für menschenwürdige Arbeit“ am 07. Oktober dieses Jahres insgesamt 207 Unterschriften für einen fairen Welthandel gesammelt und diese an mich weitergeleitet. Die Forderungen der Petenten umfassen eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für deutsche Unternehmen entlang ihrer Lieferketten, die konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP), die Unterstützung des „UN-Treaty-Prozesses“ und strengere Indikatoren bei der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Uns in der CDU/CSU-Fraktion ist die Wahrung der weltweiten Menschenrechte sehr wichtig. Menschenrechte sind universell, unteilbar und unveräußerlich. Sie durchdringen alle Politikbereiche – jede Form von Politik ist auch Menschenrechtspolitik. Das intensive Bemühen um die Wahrung der Menschenrechte beruht auf dem christlichen Menschenbild der CDU/CSU-Fraktion und ist ein Eckpfeiler unserer wertegeleiteten Außenpolitik.

Zukunftsweisendes Projekt der Gesamtschule Waldbröl ausgezeichnet

Acht Schülerinnen und Schülern haben in der vergangenen Woche einen herausragenden dritten Platz beim Bundesschulwettbewerb „Young Economic Summit“ (YES) in Hamburg erreicht und damit eine Einladung in das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Februar 2019 erhalten. Das Projekt, mit dem sich die acht jungen Erwachsenen der 12. und 13. Jahrgangsstufe beschäftigt haben, besteht darin, dass ältere Menschen die Möglichkeit bekommen auf einer Internetseite einen jungen Menschen zu finden, der mit ihnen Dinge des täglichen Lebens erledigt, spazieren geht, oder einfach nur Zeit verbringt. Der Jugendliche erhält dafür Punkte und kann sie bei Sponsoren gegen Ermäßigung im Sportstudio, im Theater oder in öffentlichen Verkehrsmitteln eintauschen. Außerdem kann er mit einem erworbenen Zertifikat seinen Lebenslauf aufwerten, um bessere Chancen auf Ausbildung, Studium und Beruf zu erhalten.

Mit Ihrem entwickelten Projekt greifen die Schüler, die von zwei Lehrpersonen unterstützt werden, eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung auf: Viele Seniorinnen und Senioren haben im Alter Probleme, ihre Dinge des täglichen Lebens selbstständig zu erledigen. Durch die entwickelte Plattform können Anreize für junge Menschen geschaffen werden, ihre Zeit mit älteren Menschen zu verbringen und diese im Alltag zu unterstützen.

IV. Sonstiges

Welternährungstag am 16. Oktober

Der Welternährungstag am gestrigen Dienstag hat darauf aufmerksam gemacht, dass weltweit Millionen Menschen an Hunger leiden. Allerdings gibt es auch eine gute Nachricht: Die Zahl der Menschen, die an Hunger leiden, ging im vergangenen Jahr zurück. Etwa 37 Millionen Menschen konnten sich aus der Hungermisere befreien. In den zurückliegenden zehn Jahren sank die Zahl der Hungernden um rund 100 Millionen Menschen. Seit 1990 haben 63 Entwicklungsländer die Zahl der Menschen, die an Mangelernährung leiden, halbiert.

Die Schattenseite: Noch immer gehen rund 805 Millionen Menschen auf der Welt jeden Abend hungrig schlafen. Über zwei Milliarden Mütter, Väter und Kinder sind so unterernährt, dass sie jeglicher Daseinsperspektiven beraubt sind. Vor allem die Kinder werden ihr körperliches und geistiges Potenzial nie ausschöpfen. Jeder Grippevirus kann sie das Leben kosten.

Deshalb bleibt Entwicklungspolitik eine wichtige Aufgabe. Arbeitsplätze schaffen bietet die beste Gewähr für sicheres und selbstbestimmtes Leben in den Krisenregionen. Hunger können wir kurzfristig mit Lebensmittelhilfe lindern. Langfristig muss in den betroffenen Ländern die Wirtschaft in Gang kommen. Arbeit und Einkommen schützen und stabilisieren den Einzelnen, aber auch die Familien und die Gesellschaften insgesamt. Auskömmliche Lebensbedingungen sind auch die beste Voraussetzung dafür, dass Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen.

Herzliche Grüße!
Carsten Brodesser

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters ist:

Dr. Carsten Brodesser MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: +49 30 / 227 – 71401

Fax: +49 30 / 227 – 76301

carsten.brodesser@bundestag.de

www.carsten-brodesser.de

www.facebook.com/dr.carsten.brodesser